



Dr.-Ing. Uwe Holzbecher

Umsteuern in der Bildungsfinanzierung

Vorschlag zu einer grundsätzlichen Reform

Bisher wird Bildung in der Bundesrepublik Deutschland überwiegend aus Steuern finanziert. Steuern sind Gelder, die zwar aus einem bestimmten Grund erhoben werden, jedoch keiner speziellen Zweckbindung unterliegen. Der Staat finanziert daraus seine Ausgaben nach eigenen Gestaltungsvorstellungen, wobei er sich teilweise aus Erkenntnis bestimmter Notwendigkeit per Gesetz Pflichten auferlegt.

Nachdem in den letzten Jahren gewissermaßen schuldhaft durch den Gesetzgeber Steuerarten abgeschafft oder verringert wurden und damit auf Steuereinnahmen verzichtet wurde und nachdem sich wegen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme die übrigen Steuereinnahmen ebenfalls verringert haben, wird zunehmend die "Nicht-Mehr-Finanzierbarkeit" öffentlicher Ausgaben beklagt und durch entsprechende Kürzungen der Mittelzuflüssen in der Mehrzahl der Bereiche auch praktiziert. Dabei spielt es kaum eine Rolle, ob es sich um tatsächliche Kürzungen oder um auf einem festen Finanzvolumen festgeschriebene Mittelzuweisungen mit einem evtl. geringen Steigerungsniveau bei Teilen der Finanzausstattung, wie z.B. dem Thüringer Hochschulpakt, handelt. Solange die bereitgestellten Mittel nicht ausreichen, vertraglich gebundene oder andere unabweisbare Aufwendungen zu finanzieren, handelt es sich trotz größerer Zahlen um de facto Kürzungen.

Offenbar ist die Politik heute nicht mehr willens und in der Lage, alle bisherigen öffentlichen Aufgaben aus dem Bereich der sogenannten Daseinsvorsorge mit gleicher Intensität zu betreiben. Doch Bildung ist für den vielbeschworenen Standort Deutschland eine der wichtigsten Maßnahmen der Daseinsvorsorge, einer nachhaltigen Zukunftssicherung. So werden auch immer wieder von Regierungs- und Oppositionspolitikern abwechselnd zusätzliche Finanzierungsquellen gefordert, speziell für den Hochschulbereich allgemeine Studiengebühren. Begründungen werden ebenfalls reichlich herbeigefunden, beginnend vom resignierenden "es geht sonst nicht weiter" bis hin zur wirtschaftlich verbrämten "Investition" in ein eigenes höheres Lebens Einkommen, besseren Lebensstandard und höhere soziale Sicherheit. Dabei ist die Bildung des Einzelnen vor allem eine Investition in das Gemeinwesen selbst, zu dessen auskömmlichem Fortbestehen der Einzelne beiträgt.

Viele verschiedene Konzepte wurden schon entwickelt, verworfen oder auch angewandt, der BAFF (Bundesausbildungsförderungsfonds) war eine solche Idee, Studienkonten, Bildungsgutscheine und auch Gebühren sind weitere. All diese Konzepte greifen angesichts der Notwendigkeiten, Bildung viel breiter zu fördern, zu kurz. Sie begreifen Bildung als eine Last, die es zu regulieren, zu nivellieren oder mit Geldstrafen zu belegen gilt. Das ist aber grundsätzlich falsch. Um die Potenziale aller jungen Menschen zu erschließen und in Zukunft zu nutzen, darf Bildung keine Last sein. Jeder, gleich aus welcher sozialen Schicht er stammt und gleich aus welcher Region er kommt, soll sich ohne Not, ohne Risiko für seine Zukunft, bilden können. Gebühren für die Grundbildung fallen genau zu einer Zeit an, in der der Bildende nicht in der Lage ist, diese zu erbringen, da er während der Bildungsphase kein Einkommen hat, trotzdem aber natürlich seine Lebenshaltung bestreiten muss. Bereits diese

Belastung hält viele junge Menschen oder ihre Eltern von höherer Bildung ab. Eine Bezahlung der Bildung auf Kredit wie bspw. bei nachgelagerten Studiengebühren ist bei unsicheren Zukunftsaussichten ebenso abschreckend. Und Rabatte für sofort statt nachgelagert gezahlte Gebühren sind ebenso kontraproduktiv, da sie bestimmte Schichten bevorzugen und andere benachteiligen - also nicht Anreize schaffen, sondern weitere Selektion fördern. Eine Gegenleistung für genossene Bildung kann im Regelfall immer erst erfolgen, wenn durch sie ein bestimmter Grad an Leistungsfähigkeit erzielt wurde, ein eigenes Einkommen erzielt wird.

Ich meine, statt kleiner Finanzierungskorrekturen in einzelnen Bereichen vorzunehmen, sollten verschiedene Finanzierungsansätze ganz anders kombiniert werden, da die aktuell agierende Politik auf allen Ebenen nicht willens scheint, die Aufgaben der Daseinsvorsorge durch ausreichende Einnahmen zu decken bzw. die vorhandenen Einnahmen nicht dafür einzusetzen bereit ist. Es sollte ein Finanzierungsansatz gewählt werden, der die Bildungsfinanzierung weitgehend von schwankenden Prioritätensetzungen der politisch Verantwortlichen entkoppelt und für alle Bereiche der Bildung eine einheitliche und verlässliche Finanzierungsgrundlage schafft: Ein bestimmter Anteil des Einkommens soll in einen Fonds fließen, aus dem jegliche Bildung von der Vorschule bis zur Hochschule finanziert wird. In Ergänzung zur Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- oder Rentenversicherung eine Art Bildungsversicherung, aber unter Einbeziehung aller Einkommen, nicht nur die der abhängig Beschäftigten. Die für die Einbringung nötigen Verwaltungen bestehen bereits in Form der Finanzverwaltung, müssen also nicht erst neu aufgebaut werden.

Ogleich - Versicherung kann man es eigentlich nicht nennen, denn im Gegensatz zu den bestehenden sozialen Sicherungssystemen sind die Zahlungen nicht für die Absicherung künftiger eigener Risiken gedacht, sondern sind Rückzahlung bereits genossener Vorteile. Vielleicht ist dies besser als Umlage zu bezeichnen, im Vergleich zur Rentenversicherung entspricht das einem praktisch umgekehrten Generationenvertrag, doch wichtiger als das Wort ist das Prinzip. Es entstünde ein Fonds, der der Willkür der Politik entzogen, zweckgebunden der Finanzierung von Bildung dient. Freilich darf die Politik, sollte sie die Notwendigkeit dazu erkennen, diesen Fonds durch eigene Zuführungen stützen oder stärken, z.B. um bestimmte Bereiche mit besonderem Bedarf zu fördern und auszubauen. Schließlich soll sich der Fonds nicht der Weiterentwicklung verschließen. Doch im Vordergrund sehe ich eine ehrliche Bildungsfinanzierung dadurch, dass alle Leistungsfähigen dazu beitragen, den Nachwuchs zu entwickeln, der die eigene Zukunft bildet, unabhängig von Zufälligkeiten regionaler Wirtschaftskraft – die natürlich ebenso wie die Politik gern eigene Beiträge hinzufügen darf. Die Mittel des Fonds sollen belastungs- und bedarfsabhängig den Bildungsträgern zur Verfügung stehen, hier könnten dann auch Bildungsgutscheine oder Bildungskonten zur belastungsgerechten Mittelverteilung beitragen, was auch den Wettbewerb positiv befördert. Nicht wer die meisten Langzeitstudierenden hält, hat die größten Einnahmen, sondern wer die meisten Menschen bildet. Auf diese Weise entstünde ein bundesweiter Bildungsfinanzausgleich, der alle Regionen mit gleichen Chancen versieht, zumindest mit einer ausreichenden Grundfinanzierung. Durch die Herausnahme der Bildungsfinanzierung aus dem Steueraufkommen wäre im Gegenzug eine echte Steuerreduzierung denkbar, die die neue Belastung durch die Bildungsumlage nicht für Jeden und vollständig, aber doch zum großen Teil kompensiert.

Ich will nicht verschweigen, dass mit dieser Art der Finanzierung nicht das Paradies im Bildungswesen zu erwarten ist. Dieses System kann immer noch nicht jedem gleiche Chancen garantieren, klammert es doch den Bereich der Lebenshaltung während des Bildungsweges noch weitgehend aus. Vielleicht gelingt es aber, das System so leistungsfähig zu gestalten, dass es durch Beihilfen zum Lebensunterhalt auch diejenigen an allen Phasen teilnehmen lässt, die durch Bereitschaft und gezeigte Leistung diese Förderung verdienen.

Einigen wird diese Form der Refinanzierung gewiss unangemessen erscheinen, insbesondere denen, die meinen, ihr Einkommen auch ohne Bildung nur durch Vorzeigen oder Hinhalten ihrer Selbst zu erzielen. Mag sein, dass die Mühen um Bildung hier verschwendet sind, dennoch bleibt sie nicht ohne Vorteil: ein gebildeter Hintern vermarktet sich allemal besser.